

Nr. IV/2013

MAGAZIN

forumZFD

SCHULE:

DIE CHANCEN FÜR DEN FRIEDEN NUTZEN

AUS DEM INHALT

Editorial S. 3

Meinung S. 4



ENERGIEWENDE IST PRAKTISCHE FRIEDENSPOLITIK

Local Power for Peace

(VON HENRIK PAULTZ, IPPNW)

Schwerpunkt: S. 6



DIE CHANCEN FÜR DEN FRIEDEN NUTZEN

Schulen im Fokus gewaltfreier Konfliktbearbeitung

(VON CHRISTOPH BONGARD)

1.000 Soldaten marschierten am 24. September 1957 vor der Central High School der amerikanischen Stadt Little Rock auf. Ihr Auftrag lautete, neun Jugendlichen den Besuch der Schule zu ermöglichen. Was war geschehen?

Aus den Projekten S. 10



UNSERE POLITIK KENNT KEINE BÜRGER

Nationalistische Kampagnen zu ersten Volkszählung nach dem Krieg in Bosnien-Herzegowina

(VON ZLATKO TADIC)

Das Interview S. 12



KEINE MILITÄREINSÄTZE FÜR FRAUENRECHTE

Ein Gespräch mit Henny Engels, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates

KURATORIUM DES FORUMZFD S. 14

Glossar S. 14

FRIEDENSPÄDAGOGIK

Aus der Akademie S. 15



WAS MACHT EIGENTLICH ... JUSTIN BAYOR

Absolvent unserer Akademie für Konflikttransformation aus Ghana

(von Milena Kupka)

ZFD wirkt! S. 17



GUTE NACHRICHTEN

Erfolge des ZFD in Mazedonien, im Libanon und in Deutschland

Aktion + Kampagne S. 20



KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Offener Brief der Mitgliederversammlung des forumZFD zu den Koalitionsverhandlungen

Spenderinfos S. 21



GEHEN SIE MIT UNS FRIEDEN STIFTEN?

Stiftungsgründer/innen gesucht!

SEPA KOMMT ... NUR KEINE PANIK

Zum Schluss S. 24



KARIKATUR DENKANSTOSS

Impressum

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



viel Aufmerksamkeit und Engagement haben wir in diesem Jahr auf die Bundestagswahlen gerichtet. Umso mehr freut es uns, das sich diese Bemühungen gelohnt hat, wie Sie der Meldung auf dieser Seite entnehmen können, die uns kurz vor Redaktionsschluss erreichte.

In unserer politischen Arbeit in Deutschland treibt uns die Überzeugung an, dass mit dem Zivilen Friedensdienst (ZFD) tatsächlich Gewalt verhindert und Schritte zum Frieden erreicht werden können. In dieser Ausgabe schauen wir deshalb verstärkt auf die konkrete Praxis des Zivilen Friedensdienstes.

Drei sehr unterschiedliche Beispiele aus Mazedonien, dem Libanon und Deutschland

Nachruf auf Helmut Simon (†)

Mit Helmut Simon, Bundesverfassungsrichter a. D. und ehemaliger Präsident der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, verstarb am 26. September ein wichtiger Unterstützer des Zivilen Friedensdienstes.

Seinem Engagement verdankt das Forum Ziviler Friedensdienst die Auszeichnung mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis im Jahr 1997.

Wir trauern um einen wichtigen Wegbegleiter. ■

zeigen auf, wie Friedensfachkräfte arbeiten und welche Wirkungen sie im ZFD erzielen können (S. 17-19). Der Schwerpunktbeitrag dieser Ausgabe unseres MAGAZIN's beschäftigt sich mit einem Thema, das in der Friedensarbeit des *forumZFD* eine große Rolle spielt. Eine wachsende Zahl unserer Projekte findet im Kontext von Schulen statt. In dem Artikel lesen Sie, warum Schule ein wichtiger Ort für Friedensarbeit ist und wie gewaltfreie Konfliktbearbeitung an Schulen aussehen kann (S. 6-9).

Aus Bosnien-Herzegowina schreibt unser neuer Kollege Zlatko Tadic über die erste Volkszählung in dem Land nach dem Krieg, der vor rund 20 Jahren mit schrecklichen Verreibungen und ‚ethnischen Säuberungen‘

die Bevölkerungsstruktur dieses multiethnischen Staates radikal veränderte (S. 10-11).

Ich hoffe, auch die Artikel in dieser Ausgabe des MAGAZIN's sind für Sie anregende Lektüre und Motivation für Engagement. Gerne greifen wir auch Ihre Fragen im MAGAZIN auf. Schreiben Sie uns, über welches Thema aus der Welt des ZFD Sie einmal unbedingt mehr erfahren möchten.

Es grüßt Sie herzlich,

Ihr

Christoph Bongard

Leiter Abteilung Kommunikation

AKTUELLE MELDUNG!AKTUELLE MELDUNG!***AKTUELLE MELDUNG!***

ZIVILER FRIEDENSDIENST IM KOALITIONSVERTRAG!

Zum Redaktionsschluss (22.11.) erreichte uns der Entwurf für den außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrags. Die vorliegenden Vereinbarungen bieten eine gute Basis für Fortschritte hin zu einem Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung durch die Große Koalition. Die Koalitionäre verpflichten sich konkret zur Stärkung des Zivilen Friedensdienstes und weiterer Institutionen der zivilen Krisenprävention. Dieser politische Erfolg ist auch dem öffentlichen Druck und der Überzeugungsarbeit durch die Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär!“ zu verdanken.

Aus friedenspolitischer Sicht bleiben andere Vereinbarungen im Koalitionsvertrag – nicht zuletzt beim Thema Rüstungsexporte – hinter unseren Erwartungen zurück. Für den Ausbau ziviler Maßnahmen der Konfliktbearbeitung eröffnet er ein Fenster der Möglichkeiten, das wir nutzen sollten.

Einen ausführlichen Kommentar des *forumZFD* zum Koalitionsvertrag finden Sie unter www.forumZFD.de. ■

**BITTE
20 MILLIONEN
MEHR**

DIE ENERGIEWENDE IST PRAKTISCHE FRIEDENSPOLITIK



Foto © privat

LOCAL POWER FOR PEACE

von Henrik Paulitz, IPPNW

Maßgebliches Kriterium für Aufstieg und Fall von Spitzenpolitikern und Parteien scheint inzwischen deren Bereitschaft, die Bundeswehr in Kriegseinsätze in aller Welt zu schicken. Die nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang währende Ächtung von Krieg als Mittel der Politik zur Durchsetzung von geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen und die Beachtung des Völkerrechts wird in einigen Massenmedien heute als überholtes Denken dargestellt.

Eng eingebunden in die „westliche Wertegemeinschaft“ hatte die deutsche Bundesregierung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1992 neue „Verteidigungspolitische Richtlinien“ erlassen, wonach die

„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ zu den Aufgaben der Bundeswehr zählt. Die militärische Sicherung von Rohstoffquellen und ihrer Transportwege leitet sich aus dem traditionellen Axiom der deutschen Außenpolitik ab, Deutschland sei ein rohstoffarmes Land. So beispielsweise der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier am 5. Februar 2006 auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Deutschland ist derzeit zu rund 70 Prozent von Energieimporten abhängig und wer Jahr für Jahr Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran im Wert von fast 90 Milliarden Euro importieren möchte, muss auch exportieren können. Das erklärt den Auftrag an die Bundeswehr, bei Bedarf auch den „Zugang zu Märkten“ gewaltsam zu erzwingen.



Windkraft für den Frieden, das könnte wahr werden, auch wenn nicht jeder Bau eines Windrads ohne Konflikte verläuft.

MILITÄREINSÄTZE FÜR ROHSTOFFE

In diesem Sinne sagte der damalige Bundespräsident Horst Köhler nach einem Besuch bei den Bundeswehr-Truppen in Afghanistan im Mai 2010, dass „ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen – negativ – durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

2004 wurde die Bundeswehr in den Sudan-Krieg geschickt. Dort ging es nach Aussage des Bundestagsabgeordneten Hans Raidel „wie immer um viel Geld, da Öl, Kupfer, Uran und andere Bodenschätze reichlich vorhanden sind“. Die Wirtschaftswoche erklärt den Krieg in Mali und im angrenzenden Niger, an dem sich die Bundeswehr mit Truppentransporten beteiligt, mit den Uran- und Ölvorkommen in Mali und den französischen Uranminen im Niger.

ROHSTOFFROUTE AFGHANISTAN

Im Nahen Osten konkurrieren die USA und Russland sowie die Regionalmächte darum, wer in den nächsten Jahrzehnten das Erdgas-Geschäft mit den Europäern macht, wobei Erdgasfelder im Persischen Golf (Iran, Katar) und im Mittelmeer (Syrien, Griechenland) ebenso umkämpft sind wie die Kontrolle über Pipelines und Schifffahrtsstraßen. Auch in Afghanistan geht es um „freie Handelswege“, nämlich um Pipe-

lines zur Ausbeutung von Öl und Erdgas aus Zentralasien. Deutschland setzt ferner auf den Bau von 2.600 Kilometern „schwertransporttauglichen Straßen“, „um das afghanische Rohstoffpotenzial voll nutzen zu können“. Doch während deutsche Politiker noch 2013 mit dem afghanischen Ölminister sprachen, haben längst die Chinesen den Zuschlag für die Ausbeutung von drei Ölfeldern in Afghanistan erhalten.

All das muss nicht immer so weitergehen. Wenn wir unsere erneuerbaren Energiequellen überall vor Ort nutzen, müssen keine Soldaten, Söldner, Geheimdienste, Sondereinheiten, Panzer, Bomber, Drohnen und „eingebettete“ Journalisten in rohstoffreiche Länder oder zur Sicherung von Energie-Transportwegen in alle Welt geschickt werden.

HEIMISCHE „ROHSTOFFE“: ERNEUERBARE ENERGIEN

Frieden zu schaffen mit den überall reichlich vorhandenen Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien: Dafür steht „Local Power for Peace“. Die Abkehr von den milliardenschweren Öl- und Gasimporten durch eine dezentrale Energiewende auch im Verkehrs- und Wärmesektor ist das aussichtsreichste politische Programm, um diese Welt friedlicher zu machen, um das nicht enden wollende Töten aus wirtschaftlichen Interessen zu beenden. ■

Henrik Paulitz ist Referent der atomkritischen ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, einer Mitgliedsorganisation des forumZFD.



Im Rahmen der Anti-Piraterie-Mission ‚Atalanta‘ sichern deutsche Soldaten einen der wichtigsten internationalen Handelswege am Horn von Afrika.

© EU Naval Force Media and Public Information Office

KAMPAGNE „LOCAL POWER FOR PEACE“

Mit der Kampagne kann man mit einfachen Mitteln einen Beitrag zur Energiewende und damit zum Frieden leisten:

Bestellen Sie das achtseitige Faltblatt mit Argumenten für „Local Power for Peace“ oder die Aufkleber der Kampagne. Setzen Sie die Idee der Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien in die Tat um – in der eigenen Kommune, als Stromrebell im eigenen Heim oder gemeinsam mit anderen durch ein Bürgerkraftwerk.

Alle Informationen über „Local Power for Peace“ mit Argumenten, Beispielen und Tipps im Internet unter:

www.ippnw-peace-power.net oder www.buerger-kraftwerke.de



DIE CHANCEN FÜR DEN FRIEDEN NUTZEN

SCHULEN IM FOKUS GEWALTFREIER KONFLIKTBEARBEITUNG

VON CHRISTOPH BONGARD

1.000 Soldaten marschieren am 24. September 1957 vor der Central High School der amerikanischen Stadt Little Rock auf. Ihr Auftrag lautete, neun Jugendlichen den Besuch der Schule zu ermöglichen. Was war geschehen?



Foto © Library of Congress

Jene neun Jugendlichen sollten die ersten afroamerikanischen Schüler auf der bislang ‚weißen‘ Highschool der Stadt werden, nachdem der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten die Rassentrennung an Schulen aufgehoben hatte. Doch ihr Schulbesuch scheiterte zunächst am massiven Protest der weißen Bevölkerung und des zuständigen Gouverneurs von Arkansas, so dass sich Präsident Eisenhower gezwungen sah, das Urteil durch die Entsendung von Bundessoldaten durchzusetzen. Jene neun Schüler gingen später als ‚Little Rock Nine‘ als Vorkämpfer gegen die Rassentrennung in die Geschichte ein.

Die Ereignisse von Little Rock führen uns vor Augen, wie ein gesellschaftlicher Konflikt – in diesem Fall der Kampf um Gleichberechtigung der afroamerikanischen Bevölkerung und das Ende der Rassentrennung – an einer Schule eine besondere Zuspitzung erfährt. Kinder und Jugendliche finden sich unvermittelt inmitten eines heißen Konflikts wieder. So sehr wir bis heute die Courage der neun Schüler aus Little Rock bewundern, für sie war die Konfrontation mit dem hasserfüllten Mob sicher auch eine traumatische Erfahrung. Jefferson Thomas, einer der Neun, erinnerte sich



Ein syrisches Flüchtlingsmädchen lernt in einer nordlibanesischen Schule, wo sie und ihre Familie Schutz gefunden haben.

noch 50 Jahre danach in einem Interview an die Angst vor dem Mob, an ständige Pöbeleien und Angriffe der weißen Mitschüler und wie er immer wieder daran gedacht habe, die Schule zu verlassen.

SCHULE – SPIEGELBILD GESELLSCHAFTLICHER KONFLIKTE

Vielorts sind Schulen Spiegelbild gesellschaftlicher Konflikte, geraten Kinder und Jugendliche ins Zentrum politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Das ist wenig verwunderlich, wenn man bedenkt, welche zentrale Rolle die Schule

die eigenen Kinder eröffnen und ihnen zentrale Werte und Normen vermitteln. Da bleiben Konflikte nicht aus. Ein Grund für die Friedensarbeit, die Schule und das Thema Bildung in den Fokus zu stellen und ein Anlass, einmal näher hinzuschauen auf die Fragen, wie Schulen von Konflikten betroffen sind und welchen Beitrag Friedensprojekte im Kontext von Schulen zur gewaltfreien Konflikttransformation leisten können.

„Anfangs war ich skeptisch, ob die Arbeit mit Schulen der richtige Ansatzpunkt für die Konfliktbearbeitung ist. Mittlerweile bin ich überzeugt: Schule ist genau der richtige Ort.“, meint Antonie Armbruster, Konfliktberaterin des *forumZFD* im Hamburger Stadtteil Bergedorf. Ihr Auftrag ist es, die Integration in dem multikulturellen Quartier voranzubringen, indem die interkulturelle Elternarbeit an den Schulen verbessert wird.

GETRENNT STATT GEMEINSAM

Denn Schule ist nicht per se ein Ort funktionierender Integration und gelebten gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Gegenteil scheint es eine je nach Situation von Eltern oder Politik angetriebene Eigendynamik zu geben, die soziale oder kulturelle Trennlinien auch im Bildungssystem forciert. In Hamburg konnte man diese Dynamik vor nicht allzu langer Zeit beobachten. Die Hamburger Kinder sollten zwei Jahre län-

ger als bisher gemeinsam lernen, bevor sie nach dem dreigliedrigen Schulsystem nach Leistung – im deutschen Bildungssystem immer noch eng verbunden mit sozialer Herkunft – getrennt werden. Eine Bürgerinitiative mobilisierte massiven Protest – die Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ schrieb von einer ‚erbitterten Schlacht um die Schulpolitik‘ - und kippte die Schulreform bekanntlich per Volksentscheid.

Im Grunde geht es weniger um gute Schule an sich, sondern auf der einen Seite um mehr Chancengleichheit und auf der anderen Seite um die Verteidigung von Privilegien einer um gesellschaftlichen Abstieg fürchtenden Mittel- und Oberschicht. Wenn in Deutschland solche vergleichsweise harmlosen Konflikte um Schulpolitik derart eskalieren, wie sieht es dann erst an Schulen in jenen Ländern aus, die gewaltsame Konflikte erleben?

„Die Konsequenzen von bewaffneten Konflikten für Bildung wurden bisher weitestgehend vernachlässigt. 28 Millionen der weltweit 67 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, leben in Ländern in Konfliktsituationen.“

(UNESCO Weltbildungsbericht 2011)

als Einrichtung in einer Gesellschaft einnimmt. Zumindest in Ländern mit allgemeiner Schulpflicht geht jedes Kind zur Schule, unabhängig von sozialem Hintergrund, Herkunft oder Glaubensrichtung. Keine andere Einrichtung erreicht tatsächlich alle Teile einer Gesellschaft. Zur Schulgemeinschaft zählen neben Lehrenden und Schüler/innen schließlich auch die Eltern.

Eltern, Politik und Gesellschaft richten hohe Erwartungen an die Schule. Sie soll Bildungs- und damit Lebenschancen für

UNTERRICHTSHEFT: MAZEDONIEN - SCHULEN MACHEN FRIEDEN



Das Unterrichtsheft richtet sich an die Jahrgangsstufen drei bis sechs.

Die Schüler/innen lernen über Habibi, einen Schüler albanischer Herkunft und Bojana, einer mazedonischen Schülerin, die Situation in Mazedonien und die Konflikte im Land kennen. Sie setzen sich auch mit konkreten Friedensprojekten auseinander und werden motiviert, eigene Ideen für mehr Verständigung zu entwickeln.

Bestellung: Telefon: 0221 91 27 32 - 0
oder www.forumZFD.de/materialien



Schulkinder im Libanon lesen über die Risiken von Landminen.

LIBANON: TRENNUNG AN SCHULEN VERSCHÄRFT KONFLIKTE

Eine Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF aus dem Jahr 2012 warnt, die Segregation im Schulsystem verschärfe Konflikte in vielen Ländern. In zwei Projektländern des *forumZFD*, im Libanon und in Mazedonien, wird diese verhängnisvolle Entwicklung besonders deutlich. Im Libanon bildet die Schullandschaft der Studie zufolge zunehmend die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Konfessionen - Schiiten, Sunniten und Christen – ab. Rund ein Drittel aller Schüler/innen besucht eine konfessionelle Privatschule, eine Mehrheit der Kinder hat nur Mitschüler/innen der selben Glaubensgemeinschaft. Die Kinder wachsen in weitgehend getrennten konfessionellen Lebenswelten auf, Vorurteile über ‚die Anderen‘ und Feindbilder haben leichtes Spiel.

Das wird zum Beispiel dann spürbar, wenn schiitische und sunnitische Fußball-Clubs aufeinander treffen: Schlägereien zwischen den Fangruppen sind an der Tagesordnung, in einem Fall zogen schiitische ‚Fans‘ nach dem Spiel durch sunnitische Viertel und randalierten in sunnitischen Moscheen. Wie überall identifizieren sich auch im Libanon Jugendliche mit ‚ihrem‘ Fußballverein – mit dem Unterschied, dass die Rivalitäten im Sport hier durch die Verquickung mit den Konflikten zwischen den Konfessionen eine besondere Schärfe haben.

MAZEDONIEN: KAMPF UM DIE MUTTERSPRACHE

In Mazedonien war das Recht auf muttersprachliche Bildung eine der zentralen Forderungen der albanischen Minderheit im Konflikt mit der mazedonischen Regierung, der im Jahr 2001 zu einem Bürgerkrieg mit mehr als 100 Todesopfern und mehreren tausend Vertriebenen führte. Das Rahmenabkommen von Ohrid sollte ein Ende der Gewalt und eine Lösung der Konflikte zwischen mazedonischer Mehrheit und albanischer Minderheit ermöglichen. Die albanische Minderheit erhielt mehr Muttersprache und das Recht auf muttersprachliche Bildung. De facto – so weiß man heute – verstärkte sich damit die Trennung der ethnischen Gruppen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die die Umsetzung des Friedensabkommens in Mazedonien bis heute mit einer Mission begleitet, hat wiederholt vor den Folgen der zunehmenden Segregation im Bildungssystem gewarnt. Schuldi-

rektoren- und Lehrerposten werden ebenso wie Bürgermeisterämter nach ethnischer Zugehörigkeit vergeben, auch das Leben der Schülerinnen und Schüler ist stark politisiert. Wenn sich politische Konflikte zuspitzen, wie zuletzt vor den Kommunal-

wahlen im Frühjahr, kommt es immer wieder zu Schlägereien zwischen albanischen und mazedonischen Schülern.

„Vermutlich mehr als jeder andere Sektor kann Bildung für eine sehr sichtbare frühe Friedensdividende sorgen, die für das Überleben von Friedensabschlüssen grundlegend sein kann.“

(UNESCO Weltbildungsbericht 2011)

BEGEGNUNGEN DURCH SPORT

Es begann mit Pilotprojekten an den Schulen des Bezirks Gazi Baba in der Hauptstadt Skopje. Um für albanische und mazedonische Schüler/innen Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen, wurde als gemeinsames Projekt aller elf Grundschulen von Gazi Baba eine schulübergreifende und damit interethnische Sportliga ins Leben gerufen. Wer Schüler der mazedonischsprachigen Schule nach Freundschaften mit albanischen Kindern fragt, hatte lange Zeit wenig Erfolg. Sie begegneten einander weder im Schulalltag noch in der Freizeit. Der Sport gab ihnen die Möglichkeit zur Begegnung, ohne dass die Sprache direkt eine bedeutende Rolle spielte. Denn immer weniger Kinder sprechen die Sprache der anderen, auch wenn Albanisch bzw. Mazedonisch in den Schulen als zweite Fremdsprache angeboten wird. Die Sportliga und ein von den Lehrer/innen mit dem *forumZFD* ins Leben gerufener Friedenslauf für Toleranz und Miteinander funktionieren längst ohne weitere Unterstützung des *forumZFD*. Die Erfahrungen aus dem

Albanische und mazedonische Schüler/innen beim gemeinsamen Sport. Ein Friedensprojekt des forumZFD machte das möglich.



Foto © Katie J. Vantine

Schülerinnen beim Aachener Friedenslauf.

Projekt wurden dem mazedonischen Bildungsministerium vorgestellt und flossen in die Entwicklung interkultureller Lehrpläne für alle Schulen in Mazedonien ein.

FRIEDEN ERLEBEN

Es kommt darauf an, Frieden für die Schüler/innen konkret erlebbar zu machen und das Lernen von Toleranz und gewaltfreier Konfliktbearbeitung konkret in ihren Alltag zu integrieren, so könnte das Resümee aus den Erfahrungen des *forumZFD* in Mazedonien lauten. Wenn das gelingt, können Schulen zu Vorreiterinnen auf dem Weg zum Frieden werden.

Rund 50 Jahre nach Aufhebung der Rassentrennung nahmen sieben der neun afroamerikanischen Schüler von Little Rock als Ehrengäste an der Amtseinführung des ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten teil. ■

PROJEKTE:

GESCHICHTSBUCH ZUM BÜRGERKRIEG IM LIBANON

Eine offene Aufarbeitung des Bürgerkriegs (1975-1990) findet an Schulen im Libanon bislang nicht statt. Die Schüler/innen lernen im Geschichtsunterricht meist nur die Perspektive der eigenen Konfessionsgruppe kennen. Die Konflikte aus dem Bürgerkrieg werden sozusagen an die nächste Generation vermittelt, alte Feindbilder werden bestätigt und schlimmstenfalls Aggression und Gewalt gegen die Anderen legitimiert. Das forumZFD hat ein Handbuch über den Bürgerkrieg entwickelt, das die Perspektiven verschiedener Konfliktparteien des Bürgerkriegs darstellt. Mit dem Handbuch werden Schüler angeregt, bis heute wirksame vorhandene Feindbilder aus der Zeit des Bürgerkriegs infrage zu stellen. Es fördert die Verständigung zwischen den Konfessionen und leistet einen Beitrag zur Aufarbeitung des Bürgerkriegs. ■

STREITSCHLICHTERAUSBILDUNG IN MAZEDONIEN

In Mazedonien bildet das forumZFD Lehrer/innen im Bereich Mediation (Konfliktvermittlung) aus. Das Projekt begann an sechs Schulen in Skopje, die am stärksten von Gewalt betroffen waren. Nach Abschluss haben die Lehrer/innen an ihren Schulen Schüler/innen als Streitschlichter ausgebildet. Ein wichtiger Erfolg war die Anerkennung der Mediationsprojekte als Teil der offiziellen Unterrichtsprojekte nach dem nationalen Lehrplan in Mazedonien.

Dank der Anerkennung erhielten die Lehrer/innen Rückenwind für ihr Engagement und die Ausbildung der Schüler/innen wurde als Unterrichtszeit anerkannt. Das forumZFD führt mittlerweile Schulmediation in drei mazedonischen Städten ein und organisiert Konferenzen zum grenzübergreifenden Austausch von Lehrer/innen im westlichen Balkan. ■

UNSERE POLITIK KENNT KEINE BÜRGER

NATIONALISTISCHE KAMPAGNEN ZUR ERSTEN VOLKSZÄHLUNG NACH DEM KRIEG

VON ZLATKO TADIC, SARAJEVO, BOSNIEN-HERZEGOWINA

Nach 22 Jahren fand im Oktober 2013 die erste Volkszählung in Bosnien-Herzegowina nach dem Krieg statt. Sie wird bedeutende demographische Veränderungen der bosnisch-herzegowinischen Bevölkerung belegen. Volkszählungen werden häufig als eine rein technische Maßnahme betrachtet. Das ist in Bosnien-Herzegowina mitnichten der Fall.

Das ethnisierte politische System, das in Bosnien-Herzegowina infolge des Friedensabkommens von Dayton im Jahre

- in allen staatlichen Einrichtungen vom Parlament bis hin zur Kommunalverwaltung. Sogar die Präsidentschaft des Landes rotiert zwischen einem serbischen, einem bosniakischen und einem kroatischen Präsidenten.

Wahllisten wurden bislang auf Basis der Volkszählung von 1991, also vor dem Krieg und den Massenvertreibungen, erstellt. Dieser bislang gültige Zensus zählte 4,4 Millionen Einwohnern/-innen, davon 43% Bosniaken (Muslime), 31% Serben (orthodoxe Christen) und 17% Kroaten (katholische Christen).

die regionale Verteilung der ethnischen Gruppen. Die aktuelle Einwohnerzahl wird auf 3,7 Millionen geschätzt, da der Krieg ca. 100.000 Opfer forderte und massive Flucht aus Bosnien-Herzegowina nach sich zog.

In vielen Regionen stellt heute eine der drei Bevölkerungsgruppen die deutliche Mehrheit. Dies gilt vor allem für die serbische Teilrepublik (Republika Srpska). Das ist das Resultat von Verbrechen wie ethnischen Säuberungen und Massenvertreibung, die während des Bosnienkrieges an nicht-serbischen Einwohner/-innen verübt wurden. Hauptsächlich wurden damals Bosniaken aus östlichen und nördlichen Teilen des Landes, sowie Kroaten aus dem Norden des Landes vertrieben. Ziel war es, eine serbische Bevölkerungsmehrheit zu schaffen. Politiker/-innen der Republika Srpska hatten bereits seit langer Zeit eine neue Volkszählung gefordert, um den Status der serbischen Mehrheit in diesem Teilgebiet zu legitimieren.

STREIT UM DIE FRAGE NACH DER NATIONALITÄT

Bosnische Parteien haben hingegen versucht, die Volkszählung hinauszuzögern. Sie befürchten, die Ergebnisse würden sozusagen im Nachhinein die Vertreibungen von Bosniaken legalisieren und in der Serbischen Teilrepublik Tendenzen zur Abspal-

1995 zur Befriedung des Landes etabliert wurde, ist heute eher ein großer Teil des Problems als Teil der Lösung. Es gibt strikte Quoten für die Vertretung der drei Nationalitäten – Bosniaken, Serben und Kroaten

VOLKSZÄHLUNG WIRD FOLGEN VON ETHNISCHER SÄUBERUNG UND VERTREIBUNG BELEGEN

Es wird erwartet, dass die aktuelle Volkszählung deutliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur belegen wird, sowohl was die Gesamtbevölkerung angeht als auch



1994: Ein bosnischer Junge und sein Vater beobachten, wie UN-Truppentransporter in das von bosnisch-serbischen Truppen belagerte Sarajevo einfahren.

tung verstärken. Die kroatischen Parteien haben eine andere Sorge. Der Zensus wird mit großer Sicherheit die beträchtliche Reduzierung der Zahl kroatischer Einwohner/-innen in Bosnien-Herzegowina belegen und dazu führen, dass die kroatischen Parteien weniger Repräsentanten in staatlichen Einrichtungen erhalten. Es ist offensichtlich, dass die ausschlaggebende Frage für alle Gruppen die nach den sogenannten Identitätsdaten Ethnie, Nationalität, Religion und Muttersprache ist.



Die Präsidenten der Länder Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien bei der Unterzeichnung des Friedensabkommens in Dayton.

Der Entwurf des Formulars für die Volkszählung rief eine Vielzahl an Beschwerden aus der Zivilgesellschaft hervor, besonders unter Minderheiten. Die vorgegebenen Antworten zur Frage nach der Nationalität ließen nur zu, sich entweder als "bosniakisch", "serbisch", "kroatisch" oder "anderes" zu definieren. Ein ähnliches Prinzip wurde auch für die Kategorie „Religion“ angewandt. Viele jüngere, gebildete Menschen bezeichnen sich als "Bosnier/in", also als Bürger/in des Staates Bosnien-Herzegowina. Im ersten Entwurf hatten sie keine Möglichkeit, sich der vorgegebenen Zuordnung zu einer Nationalität zu entziehen. Aufgrund der

Einwände, auch von Seiten der EU-Statistik-Agentur, beinhaltete die Endfassung der Formulare nun zusätzliche leere Kästchen, in die abweichende Antworten zur Nationalität eingetragen werden können. Allgemein herrscht jedoch immer noch der Anschein eines "faulen Kompromisses", der die Nationalität der individuellen bürgerlichen Identität vorzieht.

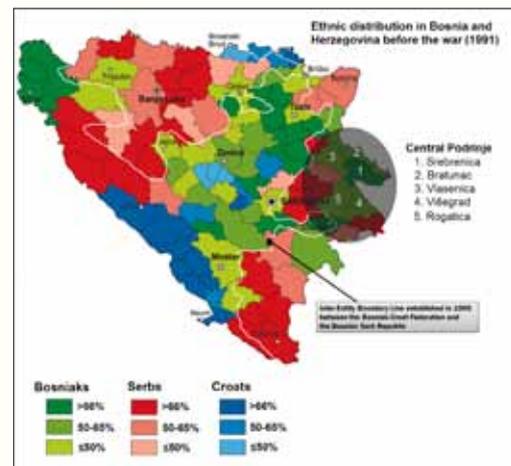
NATIONALISTISCHE KAMPAGNEN

Noch vor Beginn der Zählung riefen Politiker, religiöse Führer und zahlreiche bosniakische Intellektuelle in Kampagnen die bosnisch-muslimische Bevölkerung dazu auf, das Formular wie folgt auszufüllen: Nationalität "bosniakisch", Religion "Islam", Sprache "bosnisch". Wer diese Vorgabe missachte, mache sich indirekt zum Erfüllungshelfen des Völkermords an den Bosniaken, lautete der extremste Vorwurf. Denn in der Statistik würde auf diese Weise die Gruppe der Bosniaken kleiner und schon im Krieg hätten die Serben durch ethnische Säuberungen die Zahl der Bosniaken verringert. Das Beispiel zeigt, wie aufgeheizt die Diskussion zum Teil geführt wurde. Ähnliche wenn auch weniger drastische Kampagnen wurden auch von Seiten der serbischen und kroatischen Bevölkerungsgruppen und ihren religiösen Führungen unternommen.

SCHLECHTES OMEN FÜR WAHLEN IM JAHR 2014

Die Ergebnisse der Volkszählung werden mit Sicherheit für einige Diskussion und verschärfte Konflikte sorgen. Jede Seite wird versuchen, die Resultate für die eigene Agenda zu nutzen. Die vollständigen

Ergebnisse werden erst in mehreren Monaten veröffentlicht, voraussichtlich noch vor den allgemeinen Wahlen, die im Jahr 2014 in Bosnien-Herzegowina stattfinden.



Die Verteilung von Kroaten, Serben und Bosniaken in Bosnien-Herzegowina laut der Volkszählung von 1991.

Bedenkt man die immense Politisierung und Hysterie, die die Volkszählung ausgelöst hat, erscheint es wahrscheinlich, dass die Ergebnisse der Volkszählung nicht für die notwendigen wirtschaftlichen Reformen – geschweige denn interethnische Aussöhnung – sondern eher als Mittel zur Manipulation der Bevölkerung instrumentalisiert werden. Es ist zu befürchten, dass die Bevölkerung auf diese Weise im nächsten Jahr verleitet wird, erneut nationalistische und korrupte Parteien zu wählen.

Zlatko Tadic ist
Mitarbeiter des forumZFD
in Sarajevo,
Bosnien-Herzegowina.



Foto© privat

KEINE MILITÄREINSÄTZE FÜR FRAUENRECHTE

IM GESPRÄCH MIT HENNY ENGELS

Sie ist eine der Sprecherinnen der Frauen in Deutschland. Als Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates vertritt sie Anliegen von über 50 bundesweit aktiven Frauenverbänden gegenüber der Politik in Berlin. Das Friedensthema ist nicht erst seit ihrem Engagement als Vorsitzende des neu ins Leben gerufenen Kuratoriums des *forumZFD* ein Herzensanliegen für Henny Engels. Seit den 1980'er Jahren ist sie in der Friedensbewegung aktiv.

Frau Engels, als Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates setzen Sie sich für eine stärkere Präsenz von Frauen in Politik und Wirtschaft ein. Sollte es auch eine Frauenquote bei Soldaten und Soldatinnen geben?

Henny Engels: Da bin ich ein bisschen gespalten. Einerseits: Ja, wenn Frauen mittler-

weile ja auch Waffendienst leisten, müssten sie die gleichen Karrierechancen haben. Andererseits war ich sehr skeptisch als die Dienstmöglichkeit der Frau in der Bundeswehr eingeführt wurde, weil ich sehr bezweifle, dass Frauen im ‚männerbündigsten aller Männerbündnisse‘ größere Karrierechancen haben als in anderen Bereichen.

Wäre unsere Welt eigentlich friedlicher, wenn Frauen mehr Machtpositionen besetzen würden?

HE: Ich glaube nicht, dass Frauen das friedlichere Geschlecht sind. Was ich allerdings glaube ist, dass die Welt anders wäre, weil Frauen nach wie vor in den meisten Gesellschaften anders sozialisiert werden, ihnen andere Pflichten – eher sozialere Pflichten – zugewiesen werden und sie deshalb häufig auf Situationen einen anderen Blick haben als Männer. Aber, ob sie per se, nur weil es

Henny Engels (l.) übergab vor der Bundestagswahl die Unterschriften der Kampagne „20 Millionen mehr vom Militär!“ an die Vorstandsmitglieder der Partei „Die Linke“ in Berlin.



Foto: © Frauenrat

Die studierte Sozialarbeiterin und Politologin Henny Engels ist seit mehr als zehn Jahren Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates in Berlin.

mehr Frauen sind, friedlicher wäre, da habe ich meine heimlichen Zweifel.

Mit dem Thema Frauen und Frieden haben sich auch die Vereinten Nationen wiederholt beschäftigt. Es gibt dazu mehrere Resolutionen. Worum geht es dabei?

HE: Die erste Resolution war die UN-Sicherheitsratsresolution aus dem Jahr 2000, die „1325“. Darin wurde erstmals formuliert, dass Frauen an der Vermeidung, der Bewältigung und der Überwindung von Kriegs- und Krisensituationen beteiligt werden sollen. Es zeigt sich aber, dass es ausgesprochen mühsam ist, das wirklich umzusetzen. Der ersten Resolution folgten sechs weitere, die letzte am 18. Oktober diesen Jahres.

Die Fortschritte sind langsamer sind als erwartet?

HE: Genau. Ein Aspekt ist mir dabei besonders wichtig. Die Bundesrepublik, beziehungsweise die westlichen Staaten, verstehen diese UN-Resolutionen weitgehend



als solche, die sich nur an die Kriegs- und Krisenstaaten wenden. Ich glaube aber, die Forderung, beispielsweise an Uganda, mehr Frauen an Friedensfragen zu beteiligen kann nur dann glaubwürdig vorgetragen werden, wenn auch bei uns Frauen mehr an der sicherheitspolitischen Diskussion beteiligt werden. Und das geschieht nicht. Daran hat auch die steigende Anzahl von Frauen in der Bundeswehr nichts geändert. Nicht umsonst gibt es in Deutschland einen Frauensicherheitsrat, der sich sehr für einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 einsetzt.

Was müsste Deutschland vordringlichst zur Umsetzung der Resolution 1325 tun?

HE: Ein wichtiges Thema ist die Bekämpfung der Straflosigkeit bei sexualisierter Gewalt. Es wird in der Bundesrepublik immer bestritten, dass bei den NATO-Einsatztruppen auch deren Soldaten sich sexualisierter Übergriffe schuldig machen, was aber so nicht stimmt. Deshalb sage ich deutlich: Täter müssen bestraft werden, egal ob sie aus den USA kommen, aus Frankreich oder aus Deutschland. Deutschland muss außerdem stärker das Personal, sowohl im Militär als auch in den diplomatischen Diensten, für die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern in Kriegs- und Krisensituationen sensibilisieren.

Letzter Punkt: Ich finde es sehr schwierig, wenn militärische Einsätze, wie in Afghanistan, mit dem Schutz der Frauenrechte begründet werden. Dieses Ziel gerät dann während des Einsatzes schnell wieder in Vergessenheit. Hier werden Frauenrechte instrumentalisiert und das geht gar nicht.

Wenn man nicht so nah dran ist wie Sie am Berliner Politikbetrieb fragt man sich, welche Chance zivilgesellschaftliche Initiativen überhaupt gegen andere Interessen haben, die ja deutlich besser organisiert und finanziert sind. Macht der Versuch von politischer Einflussnahme da überhaupt Sinn?

HE: Wenn ich den Einfluss der Frauenorganisationen mit dem der Pharmaindustrie oder der Versicherungswirtschaft vergleiche muss ich sagen: ‚Da können wir gleich einpacken!‘ Dieser Vergleich geht nicht. Wir brauchen sehr viel Durchhaltevermögen und fantasievolle Aktionen, um etwas zu erreichen. Zum Beispiel hat der Deutsche Juristinnenbund eine gute Aktion zum Thema Frauenquote angestoßen: Sie kaufen Aktien und gehen in Aktionärsversammlungen und fordern dort die Quote. Aber der Vergleich mit den großen Lobbyisten macht eine ja nur mutlos.

Neben Ihrem beruflichem Engagement setzen Sie sich als Kuratoriumsvorsitzende des forumZFD für das Friedenthema ein. Seit wann und warum liegt Ihnen dieses Thema am Herzen?

HE: Ursprünglich komme ich ja aus der katholischen Jugend und da wurde einem das in meinen Jahrgängen - ich bin Jahrgang '49 - quasi an der Wiege gesungen. Die

Generation, die angefangen hat zu fragen ‚Was habt ihr eigentlich im Dritten Reich gemacht?‘ und ‚Kann das sein, dass Rüstung angeblich den Frieden sichert?‘. Eine meiner ersten Aktionen war, bei „Ohne Rüstung Leben“ zu unterschreiben. Dann bin ich relativ früh bei pax christi eingetreten. Ich erinnere mich besonders an die Nachrüstungsdebatte in meiner Zeit als Diözesanvorsitzende des BDKJ im Erzbistum Köln und als stellvertretende BDKJ-Bundesvorsitzende. Diese Diskussion hat mich sehr geprägt.



Henny Engels bei einer Podiumsdiskussion des forumZFD in Köln mit (v.l.n.r.) Konrad Raiser (ehem. Generalsekretär des Weltkirchenrates), Karl Otto Zentel (Care), Heinz Liedgens (forumZFD), Matthias Jochheim (IPPNW) und Martin Singe (Komitee für Grundrechte und Demokratie) über Friedenspolitik nach der Bundestagswahl.

In dem Zusammenhang fällt mir ein Satz aus dem Hirtenwort der DDR-Bischöfe zur Nachrüstungsdebatte wieder ein, der mich immer noch sehr beeindruckt. Sinngemäß heißt es dort: „Es könnte sein, dass im Atomzeitalter der Pazifismus Jesu Christi eine rationale Qualität erlangt hat. Weil es die vernünftige Lösung ist.“ Es hat eben auch eine rationale Qualität, für andere Formen von Friedens- und Sicherheitspolitik einzutreten.

Später im Studium der Politikwissenschaften habe ich gelernt, dass die Sicherheit eines Staates nicht allein oder in erster Linie von seinem Militär abhängt, sondern von seiner wirtschaftlichen und seiner inneren Stabilität sowie der Zustimmung der Bevölkerung zum System. Das Militär spielt eigentlich eine sehr untergeordnete Rolle. Ich finde, das ist uns verloren gegangen. Mittlerweile haben wir eine Militarisierung der Friedens- und Sicherheitspolitik, die unerträglich ist. Insofern empfand ich die Bitte, den Kuratoriumsvorsitz zu übernehmen, das war so ein bisschen wie back to the roots.

Was würden Sie dem forumZFD als nächste Schritte ins Stammbuch schreiben, um mit unserem Anliegen in Politik und

Gesellschaft ein paar Schritte nach vorne zu kommen?

HE: Also ich finde einmal, die Kampagne „20 Millionen mehr“ hat zumindest Aufmerksamkeit erregt und ist ja auch auf Zuspruch getroffen, nicht nur bei den linken Parteien. Das forumZFD hat ja etwas anzubieten: Friedensfachkräfte können mit ihrem Einsatz deutlich mehr zu einer Stabilisierung von fragilen Situationen beitragen als Bundeswehrtruppen. Das ist meine feste Überzeugung. Das forumZFD muss betonen: ‚Wir haben eine Alternative!‘

Ich danke Ihnen für das Gespräch. ■

Das Gespräch führte Christoph Bongard

DAS KURATORIUM DES FORUMZFD



Henny Engels (Vorsitzende)
Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats



Robert Antoch
Psychoanalytiker



Willi Erl
Ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes



Dr. Anton Markmiller
Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschulverbandes



Kerstin Müller
Heinrich Böll Stiftung Tel Aviv, Staatssekretärin a.D.



Dr. Rolf Mützenich
MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD im Bundestag



Irmgard Schewe-Gerigk
Vorstandsvorsitzende von terre des femmes e. V.



Prof. Dr. Thomas Risse
Politologe, Freie Universität Berlin



Hannes Wader
Liedermacher



GLOSSAR

Friedenspädagogik

Der Gedanke der Friedenspädagogik ist eine uralte Idee, die sich in praktisch allen Kulturen der Welt findet. Friedenspädagogik wurde bereits etwa 1830 als eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Friedensbewegung erkannt und definiert.

Zu Beginn stand die Überzeugung, dass alle Kriege in den Köpfen der Menschen entstehen und eine bewusste Erziehung zum Frieden die Menschen dazu anleiten sollte, alle Gewalt fördernden Muster und Strukturen frühzeitig wahrzunehmen und in konfliktlösendes Verhalten umzuwandeln.

In der Bundesrepublik wurde Friedenspädagogik trotz der Erfahrung der Weltkriege und des NS-Regimes nur zögerlich als Ansatz verfolgt. Vorurteile und individuelle Aggression galten zunächst als Ursachen für Krieg und Gewalt. In den 1970er Jahren kam die sozialwissenschaftliche Wende auch in der Friedenspädagogik zur Geltung. Die Ursachen für Gewalt wurden in gesellschaftlichen Strukturen gesehen, z. B. von Friedensforschern wie Johan Galtung und Dieter Senghaas, die den Begriff der strukturellen Gewalt einführten.

Heute stehen drei Fragen im Zentrum der Friedenspädagogik: Was sind die Ursachen für Unfrieden und Gewalt? Wie kann Bildung zum Frieden beitragen? Was kann Friedenspädagogik zur Emanzipation der Lernenden beitragen? ■

WAS MACHT EIGENTLICH...

... JUSTIN BAYOR, ABSOLVENT DER AKADEMIE FÜR KONFLIKTTTRANSFORMATION AUS GHANA

Justin Bayor nahm im Jahr 2010 am Qualifizierungskurs zum Friedens- und Konfliktberater der Akademie für Konflikttransformation teil. Der 43-Jährige Ghanaer absolvierte außerdem in Bradford/Großbritannien ein Studium in den Fächern Internationale Entwicklung und Konfliktforschung.

Nach dem Kurs an der Akademie hat Justin Bayor für mehrere Nichtregierungsorganisationen in Ghana gearbeitet. Lange Zeit war er Landeskoordinator für das Westafrikanische Netzwerk für Friedensförderung (WANEP) in Ghana. Im Gespräch fragten wir den Absolventen, welche Erfahrungen aus dem Kurs für ihn im Rückblick besonders wichtig waren und mit welchen Herausforderungen Friedensarbeiter/innen in Westafrika konfrontiert sind.



Justin Bayor produzierte mit seiner Organisation WANEP Radiosendungen zu Friedenthemen.

Herr Bayor, wie sieht die Arbeit von WANEP aus, der Organisation bei der Sie nach dem Kurs gearbeitet haben?

Justin Bayor: WANEP-Ghana wurde im Jahr 2002 mit dem Ziel gegründet, gewaltvollen Konflikten präventiv entgegenzuwirken, sie zu schlichten und zu transformieren, sowie friedensbildende Maßnahmen in Ghana zu stärken. Zu diesem Zweck haben wir zum Beispiel Trainings zu den Themen „Friedensförderung“, „Gute Regierungsführung“ und „Gewaltfreiheit“ für Mitgliedsorganisationen, Regierungsangehörige, aber auch für lokale, bewaffnete Gruppierungen angeboten. Außerdem wurden von uns Radiobeiträge zu den Themen produziert und veröffentlicht.

Was waren ihre Aufgaben?

JB: Als Landeskoordinator habe ich Mitgliedsorganisationen in Ghana dabei unterstützt, Friedensprojekte umzusetzen und Partnerschaften mit anderen, auch



Justin Bayor: „Als Kind wollte ich eigentlich katholischer Priester werden ... aber ich denke, die Friedensarbeit ist auch eine Möglichkeit, diesen Traum zu erfüllen.“

internationalen Organisationen, der UNO und potenziellen Geldgebern aufgebaut.

Welche Erfahrungen aus dem Kurs an der Akademie für Konflikttransformation waren für Sie und ihre Arbeit besonders wertvoll?

JB: Es gibt mehrere wichtige Erfahrungen, drei davon empfinde ich aber als besonders nennenswert. Erstens, dass mir dort die Chance geboten wurde, die Theorie, die ich mir im Studium angeeignet hatte, mit der Praxis zu verbinden, da die Lerneinheiten sehr praktisch orientiert waren. Zweitens wurde uns Teilnehmenden beigebracht, wie wir Friedensprojekte entwickeln können. Drittens habe ich dort gelernt, wie man Projekte auf einer fundierten Analyse der Konflikte aufbaut.

Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen für Friedensarbeit in Westafrika?

JB: In erster Linie sind es die sinkenden finanziellen Mittel, die es schwierig machen,

mit den zahlreichen und stetig wachsenden Sicherheitsrisiken in der Region, wie Terrorismus, Drogenhandel, wachsende Verfügbarkeit von Waffen, Piraterie, Söldneraktivitäten und grenzüberschreitende Kriminalität umzugehen.

Wie hat sich Ghana im Laufe des letzten Jahrzehnts, seit Sie in der Friedensförderung tätig sind, verändert?

JB: Was Menschenrechte und Demokratie angeht, hat Ghana große Fortschritte gemacht. Dennoch gibt es einige hartnäckige innere Konflikte, die noch durch Meditation gelöst werden müssen. Ghana hat jedoch immerhin mehrere international anerkannte, friedliche Wahlen abhalten können. ■

Das Gespräch führte Milena Kupka.

NEUE TAGUNGSHÄUSER IN KÖLN

*Zwei Tagungshäuser
inmitten von Köln
werden ab dem Jahr*



2014 unsere Kurse und Seminare beherbergen. Mit dem Umzug von Königswinter bei Bonn in die Domstadt liegen unsere Trainingszentren wieder nah an der Geschäftsstelle. Mit den beiden Tagungshäusern – dem



Gästehaus St. Georg (u.l.) in der Kölner Südstadt und der Casa Usera in Ehrenfeld – haben wir zwei passende Lernorte für die Friedensarbeit gefunden. ■

DAS JAHRESPROGRAMM 2014

GUTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN



Das Jahr 2014 wartet mit einigen Neuerungen in der Akademie für Konflikttransformation auf. Mit der neuen **Weiterbildung Friedens- und Konfliktarbeit** in Vollzeit sorgen wir für mehr Flexibilität sowohl in zeitlicher als auch thematischer Hinsicht. Das neue Format löst den bisherigen 9-Wochen-Qualifizierungskurs ab. Die **Weiterbildung** setzt sich aus einem **fünfwöchigen Grundlagenkurs** sowie meh-

rerer **Seminaren** zusammen. Während der Termin für den Grundlagenkurs feststeht, können die Teilnehmenden im Anschluss frei aus den in der Seminarreihe angebotenen Seminaren wählen. Damit nehmen wir Rücksicht auf persönliche Interessen der Teilnehmenden und ermöglichen so eine individuelle Schwerpunktsetzung.

Für die Kursdauer arbeitet jeweils eine Gruppe zusammen, wobei die Gruppenprozesse selbst gut für das Lernen reflektiert werden können. In besonderem Maße gilt dies für den Grundlagenkurs und die **berufsbegleitende Weiterbildung Friedens- und Konfliktarbeit**.

Die **Seminare** sind so gestaltet, dass Einüben, Austausch und Reflexion des Gelernten für die jeweils für einige Tage gemeinsam lernenden Gruppen zentral sind.

Dies schafft Räume des Austausches, in denen Theorie und Praxis greifbar werden. Die zu vermittelnden Inhalte finden ihre Entsprechung in einer Methodik, die auf persönliches Wachstum, Selbstbestimmung, Verantwortlichkeit und Handlungsfähigkeit in Konflikten zielt.

Bei allen Angeboten stehen der Erwerb von **Fachwissen und Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung** in einem lebendigen Lernprozess und das Einüben und Anwenden des Gelernten im Mittelpunkt.

Alle Informationen zu den Kursen und Seminaren finden Sie im Jahresprogramm 2014. Für weitere Fragen und Beratung steht das Team der Akademie gerne zur Verfügung. ■

**Akademie für Konflikttransformation
im Forum Ziviler Friedensdienst**

Telefon: 0221 91 27 32 - 70

E-Mail: akademie@forumZFD.de

Internet: www.forumZFD-akademie.de

GUTE NACHRICHTEN

UNTER DER RUBRIK „ZFD WIRKT!“ BERICHTEN WIR REGELMÄSSIG VON KONKRETEN ERFOLGEN UND LANGFRISTIGEN WIRKUNGEN GEWALTFREIER KONFLIKTBEARBEITUNG UND FRIEDENSARBEIT. ZFD WIRKT – DAS ZEIGEN DIE BEISPIELE AUF DEN FOLGENDEN DREI SEITEN.

MAZEDONIEN: GELUNGENE DEESKALATION

Wie Gewalt bei den Kommunalwahlen in Mazedonien verhindert werden konnte

Im Vorfeld der Lokalwahlen in Mazedonien im März 2013 fürchteten viele eine Zuspitzung ethnischer Konflikte insbesondere in multiethnischen Gemeinden, also jenen Städten und Dörfern mit Einwohnern sowohl mazedonischer als auch albanischer Nationalität. Gerade in solchen Orten waren Wahlen in der Vergangenheit allzu oft mit Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen verbunden.

Vor allem in der Gemeinde Kičevo, in der das *forumZFD* seit 2010 unter anderem mit dem Aufbau eines interethnischen Jugendzentrums engagiert ist, wurden Eskalationen erwartet. Erst kurz vor den Wahlen hatten sich infolge der Eingemeindung umliegender Dörfer die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Bevölkerungsgruppen zu Gunsten des albanischen Teils verschoben. Damit war Kičevo landesweit die letz-

te Gemeinde, die die Vereinbarungen des Ohrider Friedensabkommens von 2001 zur Restrukturierung der Gemeinden umsetzte.

Das *forumZFD* unterstützte seine Partnerorganisationen, das Zentrum für Gemeinwesenentwicklung Kičevo und die Organisation CIVIL (Zentrum für Freiheit), bei dem Projekt ‚Freie und gewaltfreie Wahlen‘. Das Team des *forumZFD* bildete über 80 Wahlbeobachter aus ganz Mazedonien als Mediator/innen aus, um die Bemühungen für Gewaltprävention zu unterstützen.

Als es kurz vor der Wahl in Kičevo zu Schlägereien zwischen albanischen und mazedonischen Schülern kam, konnte die Situation durch einen gemeinsamen Appell für interethnischen Frieden und die Intervention der Kollegen vor Ort deeskaliert werden. Auch einige Tage nach den Wahlen war die Lage zwischen albanischer und mazedonischer Bevölkerung zunächst sehr ange-

spannt - wiederum war es gemeinsamer, öffentlicher Appell für ‚Interethnischen Frieden‘ der dazu beitrug, die Lage zu entspannen.

Dank des weitgehend gewaltfreien Verlaufs der Wahlen ist ein erster Schritt hin zur Verbesserung der interethnischen Kooperation in Kičevo erreicht. Mit der Ausbildung von Entscheidungsträgern in Gemeinwesenmediation und der partizipativen Erarbeitung eines Handlungskonzeptes unter dem Titel ‚Gerechtigkeit für ein interethnisches Kičevo‘ werden das Team des *forumZFD* und seine Partner in Zukunft weiter für ein friedliches Zusammenleben in der Gemeinde arbeiten. ■

Stimmabgabe bei den mazedonischen Kommunalwahlen 2013 in einem Vorort von Skopje.



Projektinformationen unter
www.forumZFD.de
(Stichwort „Projekte“)

LIBANON: EIN GARTEN FÜR ALLE

Einsatz für Bürgerrechte im Libanon

Der Garten liegt am Ufer des Litaniflusses. Der Fluss bildete die Grenze der israelischen Besatzungszone, im israelischen Verständnis der Sicherheitszone im Libanon. Aber heute geht es nicht um die großen Konflikte zwischen schiitischer Hizbollah und dem israelischen Nachbarstaat. Die lokale Nichtregierungsorganisation Nokta Fasle hat gemeinsam mit der Gemeindeverwaltung von Kfar Sir, einem Dorf in der Umgebung von Nabatieh, einen öffentlichen Garten angelegt. Was in Deutschland ein profaner Akt wäre, ähnelt im Libanon einer kleinen Revolution.

Der öffentliche Raum ist im Libanon heiß umkämpft. Strände werden privatisiert, Straßen blockiert, Parkplätze reserviert. Manch eine Auseinandersetzung um die Ressource Raum eskaliert bis hin zu Schießereien mit Kalaschnikows. Soweit war es in Kfar Sir noch nicht. Hier geht es um den Zugang zum Litanifluss, der als Erholungsstätte in der Gegend konkurrenzlos attraktiv ist. Allerdings gelangt bisher nur an den Fluss, wer in eines der zahlreichen Restaurants einkehrt. Wer kein Geld für ein Essen oder einfach keine Lust hat für die Aussicht zu bezahlen, hat schlechte Karten. „Es

Der neue Garten in Kfar Sir ging aus einer Initiative des Fortbildungsprojekts des forumZFD hervor.



gibt viel zu wenig Möglichkeiten für Kinder zu spielen und für uns Erwachsene uns zu erholen“, klagt ein Anwohner, der zur Eröffnung des Gartens gekommen ist. Die Restaurants sind so nah an den Fluss gebaut, dass man anders nicht mehr ans Wasser gelangen kann. Nach libanesischem Gesetz ist dies illegal: der Zugang zu Flüssen und dem Meer muss frei sein; einflussreiche Geschäftsleute interessiert dies aber weder in der Hauptstadt Beirut noch in Kfar Sir.

PLATZ AM FLUSSUFER IST SELTEN UND BEGEHRT

Dies ändert sich jedoch mit dem heutigen Tag. Nun ist ein 75 Meter langes Stück Zugang zum Fluss frei betretbar. Die Begrünung mit Bäumen soll die Scholle attraktiver machen. „Es geht nicht darum, den privaten Restaurantbesitzern ihr Geschäft zu verderben“, sagt Hachem Badreddine, Vorsitzender von Nokta Fasle. Gegen die wirtschaftliche Entwicklung der Region hat hier niemand etwas. „Wir wollen die Menschen vielmehr über ihre Rechte informieren und gleichzeitig mehr öffentlichen Raum für Begegnung schaffen“, führt Hachem weiter aus.

BÜRGER EROBERN ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Schaffung des Gartens war dabei keine spontane Idee, sondern entstand im Rahmen des Projektes „Let's get trained“, welches das forumZFD mit Partnern aus allen Teilen des Libanon durchgeführt hat. Der Vorschlag zum öffentlichen Garten kam dabei von Zeina und Ali, die als Mitarbeitende bei Nokta Fasle an der

Fortbildungsreihe teilnahmen. „Bei einer Konfliktanalyse für unsere Region identifizierten wir das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen als wichtigsten Verstärker der Konflikte“, gibt Ali Choueb die Ideenfindung wieder.



Die Teilnehmenden der Fortbildungsreihe „Let's get trained“ arbeiten in lokalen Nichtregierungsorganisationen im Libanon. Sie erlernten Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung.

Die Bevölkerung sei kaum gewohnt ihre Rechte einzufordern. Hier wie anderswo im Libanon gelte das Recht des Stärkeren. Wer gute Beziehungen hat, habe es leicht im Leben. Zumindest in Kfar Sir am Litan soll sich dies von heute an ändern. Nokta Fasle, die NRO aus dem Ort, klärt die Menschen über ihre Zugangsrechte auf. Der neue Garten sei das beste Beispiel dafür, dass Bürger/innen mit ihren Wünschen Gehör finden und ihre Rechte durchsetzen könnten. Die Gemeindeverwaltung hat sich zur Hälfte an der Finanzierung des Projekts beteiligt und zugesagt, einen freien Zugang zum Fluss zu gewährleisten. Vielleicht wendet sich die Bevölkerung von Kfar Sir in Zukunft häufiger mit Anliegen an die Ortsverwaltung. ■

*Von Björn Zimprich,
Friedensfachkraft im Libanon*

DEUTSCHLAND: KOMMUNALE KONFLIKTBERATUNG IN OSTERHOLZ-SCHARMBECK ZEIGT WIRKUNG

Seit mehr als zwei Jahren berät das **forumZFD** die Stadt Osterholz-Scharmbeck. Dabei entstand ein Handlungskonzept, dessen Umsetzung wir weiterhin begleiten. Der Bremer Weser-Kurier berichtete am 19. Oktober 2013 ausführlich über die positiven Entwicklungen in der niedersächsischen Kleinstadt Osterholz-Scharmbeck, seitdem die Kommune mit Unterstützung des **forumZFD** für ein besseres Zusammenleben unter den Bevölkerungsgruppen arbeitet. Wir dokumentieren einen Auszug aus dem Artikel:

„Vor knapp einem Jahr wurde die in Zusammenarbeit mit dem Forum Ziviler Friedensdienst erstellte Sozialstudie zum Thema Drosselstraße vorgestellt. Der in dieser Bestandsaufnahme enthaltene Maßnahmenkatalog, der Empfehlungen zur Förderung von Integration sowie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts enthält, ist bis heute Grundlage für die Arbeit des Präventionsrates. Anlass für die Gründung dieses Gremiums war vor sechs Jahren die Eskalation von Gewalt und Kriminalität im Quartier Drosselstraße. Man könne nicht erwarten, dass ein Problemfeld, das in 15 Jahren hochgekocht sei, sich innerhalb von zwei Jahren in Luft auflöse. „Aber die Abwärtsspirale ist zum Stillstand gekommen und langsam geht es wieder aufwärts“, resümiert Dezernent Torsten Rohde heute.



Konfliktberater Hagen Berndt (v.r.) stellte im Oktober 2012 das Handlungskonzept „Thema Drosselstraße - Zusammenleben in Osterholz-Scharmbeck“ im Präventionsrat der Stadt vor.

Vorausschauende Problemvermeidung – so lässt sich der Begriff „Prävention“ eindeutschend. Dieses Ziel verfolgt der gleichnamige Rat, der sich aus Vertretern von Stadt, Landkreis, Polizei und Justiz zusammensetzt. Vorsitzender ist Bürgermeister Martin Wagener. Im Präventionsrat gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, an denen die Fachleute und Entscheidungsträger aus den betroffenen Problemfeldern an einem Tisch sitzen. Rohde: „So entstehen automatisch tragfähige Netzwerke.“

Ohne Satzung und Geschäftsordnung widmet sich dieses ressortübergreifende Gremium der Vorbeugung von Gewalt und Kriminalität. Und die „Verhütung“ scheint langsam zu funktionieren. Die Situation habe sich deutlich entspannt, findet Rohde. Als einen der Gründe nennt

er die Einrichtung des Quartierforums. Alle Anwohner könnten in dem offenen Treffpunkt ihre Probleme vortragen und würden ernst genommen. „In der Drosselstraße hatte man lange Zeit das Gefühl, nicht wahrgenommen zu werden. Das hat sich jetzt geändert“, hat er beobachtet. Ein Meilenstein für die Verbesserung der Stimmung im Quartier sei auch der Abriss der „weißen Blöcke“ gewesen. Ebenfalls positiv bewertet Wilfried Grieme vom Polizeikommissariat die Lage: „Wir können jetzt problemlos ins Quartier fahren und haben dort gute persönliche Kontakte aufgebaut. Es läuft immer besser.“ Ein „Volltreffer“ sei die Einstellung des Jugendarbeiters Abdelhafid Catruat gewesen. Der Mitarbeiter des Jugendhauses am Pumpelberg verfüge über einen guten Draht zu den Jugendlichen. ■

FORDERUNGEN ZU DEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN

OFFENER BRIEF DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die Mitgliederversammlung des Forum Ziviler Friedensdienst verabschiedete am 26. Oktober 2013 einen Offenen Brief an die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD, Dr. Angela Merkel, Horst Seehofer und Sigmar Gabriel sowie an die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 1 der Koalitionsverhandlungen (Aussenpolitik, Verteidigung, Entwicklungspolitik), Dr. Thomas de Maizière und Dr. Frank-Walter Steinmeier.

Hier der Offene Brief im Wortlaut:

Aktive Friedenspolitik: Eine große Aufgabe für eine Große Koalition

Wir fordern, Fortschritte für zivile Krisenprävention im Koalitionsvertrag zu vereinbaren.

Die Mitglieder des Forum Ziviler Friedensdienst appellieren an die Verhandlungsführer von CDU/CSU und SPD, im Koalitionsvertrag klare Ziele für die Gestaltung einer aktiven, auf dem Grundsatz des Vorrangs zivilen Handels basierenden Friedenspolitik zu verankern.

Vor dem Hintergrund einer kritischen Überprüfung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr hat die neue Bundesregierung allen Anlass einen Richtungswechsel einzuleiten, hin zu einer Politik, die den Vorrang ziviler Krisenprävention in die Tat umsetzt.

Von einer aktiven Friedenspolitik erwarten wir:

1. Friedensförderung und zivile Krisenprävention werden zu einem ressortübergreifenden Politikschwerpunkt der zukünftigen Koalition und werden zur Chefsache, indem ein Staatssekretärsausschuss für zivile Krisenprävention eingerichtet und mit entsprechendem Personal und Budget ausgestattet wird.
2. Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst sowie die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften werden ab 2014 von aktuell 29 Millionen Euro auf insgesamt 60 Millionen Euro erhöht.
3. Auf die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer wird vor allem mit einer Politik zur Beseitigung der Ursachen für Flucht, nämlich Krieg und Armut, reagiert.
4. Auf Rüstungsexporte wird verzichtet.

Köln, den 26. Oktober 2013

Koalitionsgespräche nutzen!

BITTE 20 MILLIONEN MEHR *Jetzt!*

Jetzt Wort halten und den Zivilen Friedensdienst ausbauen!



www.20-millionen-mehr-vom-militaer.de

Zum Beginn der Koalitionsgespräche zwischen CDU/CSU und SPD haben wir mit dieser Anzeige die Verhandlungspartner an ihre Wahlversprechen zum Ausbau des Zivilen Friedensdienstes erinnert. Dank zahlreicher Spenden konnte die Anzeige in mehreren Zeitungen geschaltet werden.



Eindrücke von der Mitgliederversammlung des forumZFD am 26. Oktober in Köln- Ehrenfeld.



GEHEN SIE MIT UNS FRIEDEN STIFTEN?

GRÜNDUNG EINER FORUMZFD-STIFTUNG GEPLANT. STIFTUNGSGRÜNDER/INNEN GESUCHT!

Anlässlich eines „Abends für unsere Förderer“ am 8. November, zu dem wir unsere Darlehensgebenden eingeladen hatten, wurde die Idee einer Stiftungsgründung vorgestellt. Wie das gehen kann, welche Voraussetzungen dafür zu erfüllen sind und welche Ziele wir damit verbinden, lesen Sie hier.

DIE IDEE EINER STIFTUNG

Die Idee einer eigenen *forumZFD*-Stiftung ist nicht neu. Bereits zu Gründungszeiten des *forumZFD* vor über 15 Jahren kam sie erstmals auf, wurde damals aber nicht weiterverfolgt. „Mit einer Stiftung könnten wir die Friedensarbeit des *forumZFD* perspektivisch auf noch stabilere Füße stellen und unsere Finanzierungsstruktur stärker diversifizieren“, so Heinz Wagner, Geschäftsführer des *forumZFD* auf dem „Abend für unsere Förderer“. Im Gegensatz zu einer Spende, die relativ zeitnah in ein bis zwei Jahren für die Satzungsziele eines Vereins verausgabt werden muss, ist eine Stiftung verpflichtet, das Gründungskapital sowie hinzukommende Zustiftungen im Bestand zu erhalten. Eine Stiftung darf nur die Anlagegewinne für die in der Satzung festgeschriebenen Stiftungsziele ausgeben.

„Wir wissen von Menschen, die mit einem Teil ihres Vermögens langfristig, auch über

ihren Tod hinaus, sozial und ethisch vertretbar Gutes bewirken wollen.“, erläuterte Heinz Wagner weiter. Eine Stiftung macht einen solchen Wunsch möglich. Berücksichtigt man zudem, dass in den kommenden



Gäste bei der letztjährigen Einzugsfeier in das „Friedenhaus Am Kölner Brett“.

Jahrzehnten der Anteil derer, die größere Vermögen vererben werden und zugleich über eine sinnvolle Anlage nachdenken, signifikant steigen wird, so scheint es nur logisch, die Förderung einer Stiftung auch

im Umfeld des *forumZFD* anzubieten. „Nur wenn Menschen wissen, dass es eine solche Möglichkeit bei uns gibt, besteht die Chance, dass sie mit einem solchen Anliegen auf uns zukommen“, ergänzte Thomas Oelerich, im *forumZFD* zuständig für Kommunikation und Fundraising.

VORAUSSETZUNGEN EINER STIFTUNGSGRÜNDUNG

Voraussetzung für eine Stiftungsgründung sind drei Dinge: Man benötigt Stiftungskapital in Höhe von mindestens 50.000,- Euro (das von verschiedenen Personen kommen kann), eine Stiftungssatzung muss geschrieben werden und der Regierungspräsident (hier der RP von Köln) muss eine solche Stiftungsgründung genehmigen. Aus den Erlösen der Stiftung – in der Regel aus Kapitalanlagen – kann dann die Friedensarbeit des *forumZFD* regelmäßig gefördert werden. Gegenwärtig zahlt die GmbH *forumZFD* als Eigentümerin des Friedenshauses an vier externe

Friedenstiftungen Zinsen in Höhe von 4% auf die Darlehen und fördert damit gerne deren Friedensprojekte. Vorteil für die Stiftungsgründer und weitere Zustifter: Auch höhere Einlagen bzw. Zustiftungen können

steuerlich über längere Zeiträume geltend gemacht werden. Vorteil für das *forumZFD*: Neben öffentlichen Projektgeldern sowie Eigenmitteln aus Spenden und Förderbeiträgen könnten regelmäßige Einnahmen aus Stiftungserträgen ein drittes wichtiges Finanzierungsstandbein für die Arbeit des *forumZFD* werden.

ZIELE EINER FORUM ZFD-STIFTUNG

Wichtigstes Ziel ist die Förderung der Friedensarbeit des *forumZFD*. Dieses Ziel soll in der Satzung verankert werden. Finanziell bedeutet die Gründung einer Stiftung kein Risiko, auch der zusätzliche personelle Aufwand ist anfangs gering. „Dank der seriösen Haushaltsführung der letzten fünf Jahre ist es gelungen, den aktuellen Schuldenstand des Vereins um über 20% zu senken und den Kauf des „Friedenhauses Am Kölner Brett“ zu realisieren. Mit dem Aufbau einer Stiftung würde sich

mittelfristig eine stabile Finanzierungsstruktur ergeben“, so Heinz Wagner gegenüber den Darlehensgebenden, die die dargestellten Argumente für eine Stiftungsgründung gut nachvollziehen konnten.

Finanzexperten werden sofort anmerken, dass ein Stiftungskapital von 50.000 Euro bei einer Verzinsung von 4% lediglich 2.000 Euro Ertrag für die Friedensarbeit erwirtschaftet. Das stimmt, aller Anfang ist klein. Darum ist auch vorgesehen, über die kommenden Jahre durch Zustiftungen das Stiftungskapital so aufzustocken, dass die Erträge deutlich höher werden. Denn bei 500.000 Euro wären es bereits 20.000 Euro an Ertrag, die zur Verfügung gestellt werden könnten, eine Summe, die angesichts der jährlich sehr engen Finanzlage des Vereins eine enorme Erleichterung darstellen würde. Die Beispiele anderer Friedensstiftungen ermutigen uns jedenfalls sehr.

SUCHE NACH STIFTUNGSGRÜNDERN UND -GRÜNDERINNEN

Heute ist das noch Zukunftsmusik. Zunächst gilt es, die Idee der Gründung einer Stiftung in die Tat umzusetzen. Und dazu brauchen wir Zustifter und Zustifterinnen, die sich begeistern lassen für die Idee, einen nachhaltigen Beitrag für den Frieden zu stiften. Mit Bereitschaftserklärungen über fünfmal 10.000 Euro wäre morgen der Startschuss gefallen und die Stiftungsgründung auf dem Weg.

Unsere Bitte: Sollten Sie Interesse an der Stiftungsgründung bzw. an einer Zustiftung haben oder mehr über die Idee einer Stiftungsgründung beim *forumZFD* erfahren wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserem Fundraiser, Herrn Thomas Oelerich, in Verbindung.

Tel.: 0221 91 27 32-32 oder
E-Mail: oelerich@forumZFD.de.

Wir freuen uns über Ihr Interesse. ■

WIE SIE UNS UNTERSTÜTZEN KÖNNEN!

■ Online-Banking/Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung zukommen lassen können. Die Spendenbescheinigungen versenden wir automatisch mit Beginn des neuen Jahres. Spenden können Sie auch unter:

www.forumZFD.de/spenden

■ Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem **MAGAZIN**.

■ Mitglied oder Förderer werden

126 Einzelmitglieder sowie über 350 regelmäßige Förderer bilden die finanzielle Basis unserer Friedensarbeit. Wir freuen uns daher ganz besonders über neue Mitglieder (Beitrag 180,-Euro im Jahr/ erm. 90,-Euro).

IHR ANSPRECHPARTNER

In Spendenfragen steht Ihnen Herr Thomas Oelerich unter Tel. 0221 91 27 32 - 32

oder per E-Mail

[\[oelerich@forumZFD.de\]](mailto:[oelerich@forumZFD.de])

gerne zur Verfügung.



“IN EINER ZEIT, IN DER DAS GELD OFT GENUG EINE ZERSTÖRERISCHE WIRKUNG ENTFALTET, IST ES WICHTIG UND GUT, DASS IN EINER STIFTUNG DES FORUMZFD MEIN GELD SINNSTIFTEND FÜR DEN FRIEDEN ARBEITEN KANN.“

SEPA KOMMT ... NUR KEINE PANIK

ÄNDERUNGEN IM EUROPÄISCHEN ZAHLUNGSVERKEHR KOMMEN AUF UNS ZU: WIE UNS IHRE SPENDE AUCH ZUKÜNFTIG SICHER ERREICHT

Sie haben es sicher schon gelesen oder gehört bzw. sind von Ihrer Bank darüber informiert worden: Zum 1.2.2014 wird ein einheitlicher europäischer Zahlungsverkehrsraum (**SEPA - Single European Payments Area**) eingeführt. Doch was ändert sich dadurch für Sie?

Zunächst einmal nichts oder nicht viel. Bestehende Lastschriften laufen ganz normal weiter, ohne dass Sie etwas dazu tun müssten. Lediglich bei Überweisungen werden Sie sich perspektivisch umstellen müssen, auch wenn die Banken noch eine Übergangsfrist bis zum 1.2.2016 für Privatpersonen vorgesehen haben und solange alte Zahlscheine ihre Gültigkeit behalten.

Nur wenn Sie die neuen Zahlscheine nutzen, müssen Sie Ihre neue Kontonummer (IBAN) angeben. Die ebenfalls neue Bankleitzahl (BIC) muss nur bei Zahlungen in das europäische Ausland genutzt werden, bei Inlandsüberweisungen können Sie auf den Eintrag im Zahlschein verzichten.

Wir kommunizieren bereits seit diesem Jahr unsere IBAN und BIC-Nummern, etwa auf unseren Briefköpfen oder im Impressum auf der Rückseite dieses MAGAZIN's. Auch in dem neuen Zahlschein ist unsere Kontonummer wie früher bereits eingedruckt. Für unsere Spenderinnen und Spender wird es insoweit Änderungen geben, als dass wir

mit Beginn des kommenden Jahres den neuen (SEPA-fähigen) Zahlschein einführen werden (siehe Abbildung rechts). Auf diesem müssen Sie zukünftig in der letzten Eintragszeile Ihre IBAN-Nummer (neue Kontonummer, bestehend aus 22 Zeichen) eintragen. Bei einer Überweisung innerhalb Deutschlands ist dann **keine** zusätzliche Eingabe der BIC (neue Bankleitzahl) notwendig, weil diese aus der Zahlenfolge der IBAN-Nummer, bestehend aus den beiden Landesbuchstaben, zwei Prüfziffern, der alten BLZ und Ihrer alten Kontonummer, hervorgeht (vgl. Darstellung). Nur bei einer

Die Zusammensetzung der neuen IBAN-Nummer am Beispiel der Kontonummer des *forumZFD*:

DE 37 370 205 00 000 82 40 101

DE = Landeskennzeichen

37 = Prüfziffer (wird von der Bank vergeben)

370 205 00 = alte Bankleitzahl

000 82 40 101 = alte Kontonummer

Zahlung ins europäische Ausland bzw. vom europäischen Ausland nach Deutschland ist die BIC-Nummer zwingend erforderlich.

Sie finden übrigens Ihre IBAN und BIC-Nummer i.d.R. auf der Rückseite Ihrer neuen EC-Karte unterhalb des Magnetstreifens und selbstverständlich auch auf Ihren Kontoauszügen der Bank.

Hinsichtlich bestehender Einzugsermächtigungen werden wir Sie in Kürze über die



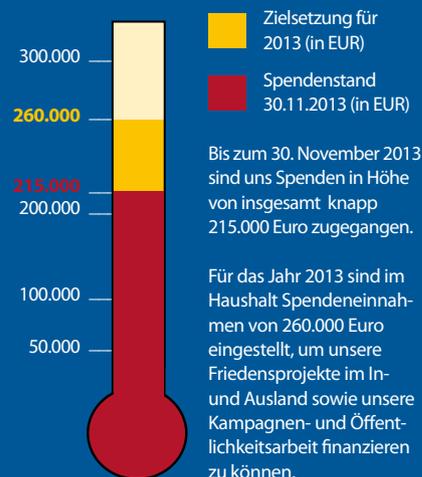
So sieht er aus:
unser neuer
Spendenzahl-
schein ab
Beginn des
neuen Jahres.

Details informieren. Von Ihrer Seite aus besteht aber kein Handlungsbedarf. Wir hoffen sehr, dass diese doch gewöhnungsbedürftige Umstellung nicht zu Lasten unserer Spendeneinnahmen geht. Sollten Sie Fragen zum Thema haben, so nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf.

Ein Anruf (0221 91 27 32-0) oder eine E-Mail an kontakt@forumZFD.de genügt. ■

SPENDENBAROMETER

Stand Ende November 2013



KARIKATUR

Anti-Terrorkampf von deutschem Boden aus

Mit freundlicher Genehmigung des Autors Kostas Koufogiorgos



DENKANSTOß

**„Viel Gewalt beruht auf der Einstellung,
das Leben sei ein Besitz, der verteidigt werden muss,
- nicht ein Geschenk, gegeben zum Teilen.“**

(Henri Nouwen)

IMPRESSUM:

Forum Ziviler Friedensdienst e. V., Am Kölner Brett 8, 50825 Köln

E-Mail: kontakt@forumZFD.de Internet: www.forumZFD.de

Tel.: 0221 / 91 27 32 - 0 Fax: 0221 / 91 27 32 - 99

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Thomas Oelerich

Layout und Gestaltung: Agentur thanks-and-more Auflage: 4.000 Stück

Papier: 100% Recycling-Papier Fotos ohne Angaben: © forumZFD

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft (BFS) BLZ 370 205 00 Konto: 82 40 101

BIC/SWIFT: BFS WDE 33XXX IBAN: DE 37 370 205 00 000 82 40 101

Unser MAGAZIN erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Für eine Kostenbeteiligung in Form einer Spende sind wir dankbar.